

2x Ja zur Initiative „EnergieWendeBern“ und zum Gegenvorschlag

Medienkonferenz vom 19. Oktober 2010
Säli Restaurant O'bolles (Gewinnerin städt. Energiepreis 2010)



for a living planet®



2x Ja zur Initiative „EnergieWendeBern“ und zum Gegenvorschlag

Medienkonferenz vom 19. Oktober 2010

Abstimmung vom 28. November 2010: Stadt Bern auf dem Weg zur Energiewende

Am 28. November stimmt die Stadt Bern dank der Initiative „EnergieWendeBern“ über eine Weichenstellung in der Energiepolitik ab. Die Forderung lautet, dass die Stadt Bern künftig Strom aus erneuerbaren Energien produziert, kauft und verkauft. Dies bedeutet ein Verzicht auf Atomstrom und alte (und neue) Atomkraftwerke.

Gegen 20 Organisationen haben sich zu einem breiten Abstimmungskomitee zusammengeschlossen: Umweltorganisationen, Verbände, Fachvereine und Parteien von rot-grün bis in die politische Mitte. Diese Organisationen setzen sich dafür ein, dass die Stadt Bern den Stromschalter in Richtung erneuerbare Energien kippt. Das Abstimmungskomitee spricht sich für ein doppeltes JA sowohl zur Initiative wie auch zum Gegenvorschlag aus. Der Unterschied besteht einzig in der Frage des Zeitpunkts. Während die Initiative für die Umsetzung eine Frist von 20 Jahren setzt (d.h. ca. 2031), sieht der Gegenvorschlag eine längere Frist bis 2039 vor. Der Gegenvorschlag stützt sich auf die neue Strategie des stadteigenen Werks EnergieWasserBern (ewb).

Folgende Argumente sprechen für die doppelte Berner Energiewende u.a.:

- Der Umstieg auf erneuerbare Energien ist technologisch machbar, wirtschaftlich sinnvoll und schafft neue Arbeitsplätze.
- Mehr Effizienz beim Stromverbrauch ist die umweltfreundlichste Form der Energienutzung.
- Es ist für die Menschheit unverantwortlich, weiterhin eine Atomtechnologie zu verwenden, die mit unserer Zukunft russisches Roulette spielt.

Das Abstimmungskomitee hat sich dafür eingesetzt, dass die Berner Stimmbevölkerung über die Energiewende entscheiden kann. Daher will das Komitee eine breite Diskussion über diese wichtige Frage ermöglichen. Es werden Plakate und diverse Info-Materialien wie Postkarten, Broschüren und Buttons produziert und breit verteilt. Geplant sind zudem:

- eine kontradiktorische Podiumsveranstaltung „Wann kommt die Berner Energiewende?“, 3. November, 19.30 Uhr (BollwerkStadt);
- ein Aktionstag in den Quartieren, 6. November;
- eine Filmvorführung: "4. Revolution - Energy Autonomy", 11. November, 19.30 Uhr (Kino Reitschule).

Das Abstimmungskomitee kämpft für ein doppeltes JA der Berner Stimmbevölkerung am 28. November zur Berner Energiewende. Damit kann Bern nach anderen Städten wie Zürich und Basel, die bereits in die gleiche Richtung gehen, ein starkes Signal setzen. Der Entscheid der Berner Stimmbevölkerung ist auch ein Meilenstein im Hinblick auf die anstehenden kantonalen Entscheide in der Energiepolitik (elf Wochen später am 13. Februar 2011 finden die Abstimmung zum AKW Mühleberg und im Mai 2011 diejenige über die grüne Initiative „Bern erneuerbar“ und das kantonale Energiegesetz statt).

Natalie Imboden, Mitglied Initiativkomitee „EnergieWendeBern“, Grossrätin Grünes Bündnis

2x Ja zur Initiative „EnergieWendeBern“ und zum Gegenvorschlag

Medienkonferenz vom 19. Oktober 2010

Erneuerbare Energien: Sauber, sicher, ausreichend

Am Morgen vor dem Spiegel finde ich an mir keine Stromlinienform mehr. Ob ich wohl zu viel Strom gefressen habe?

Im Ernst: Wenn ich in den Spiegel schaue, dann erkenne ich mich und will eigentlich mit mir im reinen sein. Wenn ich den Spiegelschrank öffne und die Jodtabletten sehe, verzieht sich meine Miene und ich erkenne, dass ich persönlich mit Energie nicht immer sparsam umgehe und wenn ich an zukünftige Generationen denke, dann wird mir klar, dass wir zu unserer Schweiz und Welt Sorge tragen müssen. Jodtabletten im Schrank zu haben, ist nicht gerade eine beruhigende Massnahme!

Als Kind war ich begeistert vom Kernkraftwerk Mühleberg. Als junger Erwachsener war ich in Graben bei der Demo dabei. Heute interessieren mich als technisch interessierter Mensch Erneuerbare Energien und Optimierungen im Energieverbrauch in den eigenen vier Wänden und im Heimbetrieb. Im vergangenen Jahr konnte ich eine Solaranlage für Warmwassergewinnung und Komfortlüftung mit Wärmerückgewinnung in Betrieb nehmen. Eine gute Sache für die Reduktion des CO₂ Ausstosses und für's Portemonnaie.

Erneuerbare Energien sind heute mehr als nur eine Alternative. Wind-, Wasser- Biomasse, Geothermie und Solarenergie sind unsere Zukunft. Die Zukunft liegt in kleinen und mittleren Anlagen der Energiegewinnung. Dies schafft regionale Arbeitsplätze und aus heutiger technischer Sicht saubere und sichere Energie. Ob die Erzeugung ausreichend sein wird, hängt in erster Linie vom Willen ab, das Ziel zu erreichen. Das ewb der Stadt Bern hat vor, grosse Investitionen zu tätigen, und es müssen noch weitere Investoren dies nachahmen. Dazu muss die Bewilligungspraxis angepasst werden und wir müssen uns an Dächer mit Solaranlagen gewöhnen. Meine Vision ist, dass in Bern alle gut ausgerichteten Dächer für Warmwasser- oder Stromerzeugung zur Verfügung stehen, dass Bern zusätzlich mit Biomasse und Geothermie den Strombedarf abdecken kann.

Als ich vorige Woche von Freiburg nach Freudenstadt reiste, wurde ich positiv überrascht. Die Dächer in den Dörfern und auf den alten Bauernhöfen waren mit Solarpanels versehen. Die regionalen Förderabgaben zeigen Wirkung. Wenn der Wille da ist, dann geht es.

Als Vertreter der EVP stehe ich für ein 2xJa zur Energiewende und beim Stichentscheid für den Gegenvorschlag ein. Wir sind der Ansicht, dass die eigenen sich auferlegten Vorgaben des ewb der Stadt Bern den Weg zum Atomausstieg aufzeigen. Aufgrund des grossen Investitionsbedarfes gewähren wir dem ewb und der Stadt etwas länger Zeit.

Martin Trachsel, Stadtrat EVP

2x Ja zur Initiative „EnergieWendeBern“ und zum Gegenvorschlag

Medienkonferenz vom 19. Oktober 2010

Erneuerbare Energie als unternehmerische Chance fürs ewb

Es waren in der Schweiz schon immer die Stadtwerke, die den unternehmerischen Weitblick gepflegt hatten. Bereits ab den 1920er Jahren investierten diese Stadtwerke in Wasserkraftwerkenanlagen im Alpenraum oder im eigenen Umland, und legten so den Grundstock zu einer sicheren und günstigen Stromversorgung.

Auch heute gehen die Stadtwerke voraus. Nach Basel und Zürich ist nun Bern daran, den Ausstieg aus der Atomenergie zu planen und unternehmerisch umzusetzen.

Die neue Unternehmungsstrategie des ewb von 2009 sieht den Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung, die Förderung der Energieeffizienz und den Ausstieg aus der Atomkraft bis 2039 vor.

In den letzten beiden Jahren hat das ewb damit begonnen, sich an Windkraftwerken und Solarkraftwerken im In- und Ausland zu beteiligen.

Die neue Abteilung Produktionsportfolio des ewb wächst und wächst. Hier kann konkret verfolgt werden, wie bei uns Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden.

Das ewb will jährlich zusätzlich elf GWh Strom aus erneuerbaren Quellen produzieren. Dazu muss in Wind-, Sonnen-, Biomasse- und Wasserkraftwerke investiert werden. Bis 2020 sollen 270 Mio. Franken ausgegeben werden, bis 2050 sind es inklusive Erneuerungen der bestehenden Anlagen 1,5 Mrd. Franken.

Unsere Initiative „EnergieWendeBern“ bewirkt, dass das ewb jährlich 16 statt elf GWh neue Produktionskapazitäten aufbauen muss, was bis 2030 Mehrinvestitionen von 93 Mio. Franken bedingt. Das ist wenig im Vergleich zu obigen 1,5 Mrd. Franken, und es ist wenig, um damit den Bau eines neuen AKW Mühleberg zu verhindern.

Die Investitionen sind zudem eine Stärkung der einheimischen, erneuerbaren Energieproduktion, und generieren ein zuverlässiges Auftragsvolumen für alle Schweizer Firmen, die sich auf Energieeffizienz oder erneuerbare Energieproduktion spezialisiert haben.

Ein schneller Ausbau der erneuerbaren Energie bis 2030 bringt viele Vorteile: Wegen der einheimischen Wertschöpfung, der geschaffenen und erhaltenen Arbeitsplätze, oder wegen der Unabhängigkeit von Importen von Uran und Öl.

Im liberalisierten Strommarkt kann das ewb überall dort investieren, wo es sich am meisten lohnt. Es kann sein spezifisches Know How betreffend erneuerbare Energien ausbauen, was einen Wettbewerbsvorteil bringt, und die guten Standorte für seine Sonnen-, Wind- und Wasserkraftwerke besetzen, bevor andere es tun. Auch das spricht für ein beschleunigtes Vorgehen.

Darum fördern wir beim ewb heute seinen altbekannten unternehmerischen Weitblick, indem wir Ja zur „EnergieWendeBern“, und Ja zu einem Atomausstieg bis 2030 sagen!

Peter Stutz, Präsident NWA Bern

2x Ja zur Initiative „EnergieWendeBern“ und zum Gegenvorschlag

Medienkonferenz vom 19. Oktober 2010

Mit Energieeffizienz den Verbrauch reduzieren

Neben dem Einsatz von erneuerbaren Energien ist eine intelligente Nutzung von Energie die wichtigste Säule einer nachhaltigen Energieversorgung. Das grosse Effizienz-Potential trägt dazu bei, die Energiewende umzusetzen und zeigt, dass wir die Stromversorgung der Stadt Bern zukünftig auf erneuerbare Energien umstellen können.

Das Effizienz-Potential ist enorm. Allein durch den Einsatz der "Best Available Technology" (BAT)¹ könnten 30% des Schweizer Stromverbrauchs - oder jährlich 18 Terawattstunden - eingespart werden (vgl. **Abbildung 1**). Dies entspricht der sechsfachen Jahresstromproduktion des AKW Mühleberg. Mit konsequenten Stromeffizienz-Massnahmen wäre also die Stromproduktion der AKW Mühleberg, Beznau I und II sowie Gösgen überflüssig. Für die Stadt Bern gilt dasselbe: Der Berner Stromverbrauch kann durch eine clevere Nutzung von Energie und den Einsatz der energiesparendsten Technologien um rund ein Drittel reduziert werden. Und das ohne Komforteinbussen.

Effizienz ist die umweltfreundlichste Form der Energienutzung. Denn jede nicht verbrauchte Kilowattstunde muss erst gar nicht produziert werden und erspart uns riesige Mengen CO₂, Atommüll und weiteren Schadstoffen für Mensch und Umwelt.

Effizienz ist die wirtschaftlichste Form der Energienutzung. Denn die Massnahmen sind bedeutend kostengünstiger und schaffen mehr Arbeitsplätze als der Neubau von Grosskraftwerken. Sie erhöhen die Innovation und inländische Wertschöpfung und sind insgesamt volkswirtschaftlich rentabel. Auch die konservative Internationale Energieagentur IEA räumt ein: Für jeden Franken, welcher für den Ersatz von ineffizienten Elektrogeräten und -Anlagen ausgegeben wird, müssen Fr. 2.20 weniger beim Ausbau der Stromproduktion ausgegeben werden. Mit der Reduzierung von unnötigem Stromverbrauch könnten in der Schweiz 3 Mrd. Franken - in der Stadt Bern rund 50 Mio. Franken - Stromkosten pro Jahr eingespart werden.

Ein weiterer Vorteil: Die Technologien sind vorhanden, Massnahmen sind sofort umsetzbar. Dazu braucht es die Politik, Industrie & Gewerbe sowie Konsumenten. Mit der finanziellen Förderung und einer Ersatzfrist für stromfressende Elektroheizungen und -Boiler, mit Mindestanforderungen und ehrgeizigen städtischen Beschaffungsrichtlinien für Elektrogeräte profitieren Wirtschaft, Stadtverwaltung und Konsumenten nicht nur langfristig, sondern auch sofort.

Annette Reiber, Effizienz-Kampagnerin Greenpeace Schweiz

¹ beste erhältliche Technologie, bei Geräten mit Energieetikette jeweils die beste Effizienzklasse, z.B. A++ bei Kühlschränken

2x Ja zur Initiative „EnergieWendeBern“ und zum Gegenvorschlag

Medienkonferenz vom 19. Oktober 2010

Nachhaltige Arbeitsplätze und wirtschaftliche Vorteile - Dank der Energiewende

Die Stadt Bern soll künftig ausschliesslich Strom aus erneuerbaren Energien produzieren, kaufen und verkaufen, dies fordert die vom Grünen Bündnis initiierte Initiative. Es ist die Überzeugung des Komitees, dass es die Energiewende aus ökologischen Gründen braucht. Nun haben wir aber bei diesem Anliegen den grossen Vorteil, dass wir nicht nur versuchen müssen, die Stimmenden von der Richtig- und Wichtigkeit unserer Überzeugungen zu überzeugen, sondern dass wir auch ein glasklares rationales Argument in der Hand haben, welches schon allein für sich die Logik der Wende aufzeigt: Auf Erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu setzen ist der einzig wirtschaftliche Weg, die Energieversorgung in Zukunft sicherzustellen.

Eine aktuelle Studie (<http://www.infras.ch/d/projekte/displayprojectitem.php?id=4084>) zeigt auf, dass die Investitionen, wenn vor allem auf Grosskraftwerke (d.h. neue AKW) gesetzt wird, zwar geringer sind, die Wirtschaftlichkeit auf der volkswirtschaftlichen Ebene jedoch negativ ausfällt. Eine positive Beschäftigungswirkung ist im grösseren Stil nur während der Bauphase der neuen Werke zu erwarten, ansonsten geschieht der grösste Teil der Wertschöpfung nicht im Inland, insbesondere werden auch keine Innovationswirkungen erwartet. Ganz anderes sieht es aus, wenn wir auf Erneuerbare Energien und Energieeffizienz setzen. Die Versorgung mit Erneuerbaren Energien muss auf einem dezentralen System beruhen, wodurch nicht bloss einige wenige Standorte profitieren, sondern überall ein Wertschöpfungspotential entsteht. Dasselbe gilt für Effizienzmassnahmen, welche flächendeckend ergriffen werden müssen und so eine entsprechende Beschäftigungs- und Wertschöpfungswirkung haben. Gerade KMU können von beiden Aspekten profitieren und rasch auf die neuen Nachfragebereiche reagieren, wodurch wiederum Innovationen angeregt werden, was die (internationale) Wettbewerbsfähigkeit erhöhen dürfte. Wenn also das Argument vorgebracht wird, Grosskraftwerke würden einheimische Arbeitsplätze schaffen, entspricht das nicht der volkswirtschaftlichen Logik sondern ist einzig die Botschaft der Lobby der grossen internationalen Konzerne, die von Grosskraftwerken profitieren. Nutzen für die gesamte Wirtschaft bringt hingegen nur die Energiewende.

Judith Gasser, Stadträtin Grünes Bündnis

2x Ja zur Initiative „EnergieWendeBern“ und zum Gegenvorschlag

Medienkonferenz vom 19. Oktober 2010

EnergieWasserBern (ewb) ist überzeugt, den Ausstieg aus dem Atomstrom zu schaffen

Gemeinderat und ewb übernehmen alle Forderungen der Initiative bis auf einen Punkt: Der Ausstieg aus der Atomenergie soll 2039 erfolgen und nicht schon, wie in der Initiative vorgesehen, 20 Jahre nach Annahme der Initiative.

Zwei Stossrichtungen werden verfolgt, um das Ziel 2039 zu erreichen:

Einerseits Energieeffizienz und den sparsamen Umgang mit Strom (z.B. per Anreiz mit dem Stromsparbonus) und weiterhin mit den Förderprogrammen des Ökofonds erneuerbare Energien fördern.

Andererseits ist der Umbau der Produktionsstrategie nötig. Diese sieht vor, dass ewb im In- und im angrenzenden Ausland in einen breiten Energiemix investieren wird. z.B. in Kleinwasserkraftwerke, KWOplus, Wind onshore, Biomasse und Photovoltaik. Aber auch Know-How aufbauen bei Technologien im Entwicklungsstadium wie Geothermie, Wind offshore und solarthermische Kraftwerke.

Jedes Jahr sollen elf Gigawattstunden an erneuerbaren Energien im ewb-Angebot dazu kommen (entspricht ca. dem Jahresverbrauch von 2000 Haushalten und ca. der doppelten Produktionsmenge des Kraftwerks Matte). Dadurch werden Investitionskosten von total mehreren 100 Mio. Franken anfallen. Bis 2039 690 Mio. für den Ausbau der Erneuerbaren und 251 Mio. für den Ersatz von nicht erneuerbaren Energien. Von ewb sind vorläufig keine Lenkungsabgaben vorgesehen.

Die neue KVA Forsthaus wird ab 2013 360 GWh Energie jährlich liefern (500 Mio. Franken Investitionsvolumen fallen dabei dem Standort Bern zu) und ewb wird dann aus der Beteiligung am Kernkraftwerk Fessenheim aussteigen können.

Der Ausstieg aus der Atomenergie ist bei ewb ohnehin bereits im Gang. Mit der neuen KVA Forsthaus kann ein grosser Schritt gemacht werden. Mit der grössten Fotovoltaikanlage auf dem Dach eines Laufstalls in Melchnau, mit der Beteiligung bei einem Windpark in Deutschland sind weitere Schritte realisiert und seit 2007 liefert ewb auch zertifizierten Ökostrom.

Ab sofort wird auf neue Beteiligungen an AKW verzichtet und 2039 wird auch Gösgen abgelöst werden können.

Lilo Lauterburg, Vorstandsmitglied Grüne Kt. Bern/ehemalige Grossrätin
GFL/Grüne



WWF *for a living planet*[®]

2x Ja zur Initiative „EnergieWendeBern“ und zum Gegenvorschlag

Medienkonferenz vom 19. Oktober 2010

Gemeinsam mit Basel und Zürich in eine verantwortungsvolle Energiezukunft

Mit einem doppelten Ja steht Bern in bester Gesellschaft mit Städten wie Zürich und Basel. Wir vom WWF zählen – was den Atomausstieg angeht – ganz besonders auf die Städte. Zeigen diese mit ihrer hohen Bevölkerungsdichte, dass es ohne Atomstrom geht, dann geht es auch auf dem Land. So bringen wir Stadt und Land energiepolitisch vorwärts.

Auch wenn wir via ewb und deren Tochtergesellschaften mit Zürich und Basel schon eng verbunden sind, ist uns Bernerinnen und Bernern die Limmatstadt in der AKW-Frage einen Schritt voraus. Eigentlich Motivation genug, diesen Schritt nun auch in Bern zu tun. Im November 2008 sagte Zürich „Ja zur Nachhaltigkeit – Sichere Energieversorgung. Blühende Wirtschaft“.

Damit nahmen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auch den langfristigen Atomausstieg mit 76,4 Prozent an. In der Gemeindeordnung steht, dass sich das EWZ an keinen neuen AKW beteiligt und auch auf neue Bezugsrechte für Atomstrom verzichtet. Konkret: Zürich steigt bis 2038 aus der Atomenergie aus.

In dieser Frage ist uns Basel – wie auch Zürich – noch weit voraus. Seit einem kantonalen Volksbeschluss in den 1980er Jahren hält das Basler Elektrizitätswerk IWB keine AKW-Beteiligungen und verzichtet auf die Beschaffung von Atomstrom. Seit Jahresfrist werten die IWB undeklarierten Strom vom Strommarkt zudem ökologisch auf. Ende Jahr werden jeweils für die aus fossilen Trägern (ca. zehn Prozent) stammende Energie Wasserkraftzertifikate erworben. So garantieren die IWB, den Strom ausschliesslich aus erneuerbaren Quellen zu beschaffen.

Die Stadt Bern und damit ewb haben am 28. November die Gelegenheit aufzuholen. Keine drei Monate später – am 13. Februar 2011 – wird zudem die Bevölkerung des restlichen Kantons zeigen können, dass sie nichts von der überholten Atomtechnologie hält und in Mühleberg kein neues AKW will. Einen wichtigen Beitrag an eine verantwortungsvolle Energiezukunft leisten dabei das neue kantonale Energiegesetz sowie die Initiative „Bern erneuerbar“. Über beide Vorlagen wird im Mai 2011 abgestimmt.

Der WWF zählt am 28. November auf ein doppeltes Ja der Bernerinnen und Berner und ist überzeugt, dass die Stadt Bern – zusammen mit Basel und Zürich – eine Vorreiterrolle für weitere Städte und nicht zuletzt für unseren Kanton einnehmen wird.

Nadine Masshardt, Co-Präsidentin WWF Kanton Bern, Grossrätin SP/JUSO

2x Ja zur Initiative „EnergieWendeBern“ und zum Gegenvorschlag

Medienkonferenz vom 19. Oktober 2010

Risse im AKW Mühleberg gefährden Bern: Lieber heute als morgen handeln!

Die Reaktorexpllosion im April 1986 in Tschernobyl steht für eine der schlimmsten Katastrophen der modernen Geschichte: Die Explosion, die damals aus Sicht der WissenschaftlerInnen gar nicht möglich gewesen wäre, brachte unermessliches Leid über hundert Tausende von Menschen. Aufgrund der radioaktiven Verseuchung wird die nächste Umgebung während der nächsten 24'000 Jahren unbewohnbar sein.

Seit Tschernobyl wird die Atomlobby überall auf der Welt nicht müde zu behaupten, ein solcher Unfall sei nicht mehr möglich. Die nicht abreissende Serie von Störfällen, Pannen und Schäden in unzähligen AKW rund um die Welt beweist allerdings fast wöchentlich das Gegenteil. So ist das französische AKW Fessenheim in der Nähe von Basel, von dem ewb einen Teil seines Atomstroms bezieht, berüchtigt für seine Störfälle.

Wenige Kilometer von Bern steht das AKW Mühleberg, eines der ältesten AKW der Welt. Bereits vor 20 Jahren wurden beim AKW Mühleberg Risse an den Schweissnähten entdeckt, welche seither stetig wachsen. Die Risse wurden zwar mit vier Klammern, sogenannten Zugankern, geflickt, deren Wirksamkeit wird jedoch weltweit angezweifelt. Des Weiteren ist der Kernreaktor des AKW Mühlebergs ungenügend gegen Erdbeben geschützt und auch seine Notkühlung gilt als unzureichend (siehe Wochenzeitung vom 14.10.2010). Gemäss einer Studie vom Ökologie-Institut Wien 2002 schneidet Mühleberg im internationalen Vergleich noch schlechter ab als manch anderer Reaktor in Russland oder der Ukraine.

Die Stromkonzerne können mit der Atomenergie viel Geld verdienen, da nicht sie, sondern die Allgemeinheit deren Risiko und Langzeitlasten tragen müssen. So müssen sich die AKW-Betreiber nur für Schäden bis 1,8 Milliarden Franken versichern, obwohl der Bund von einem maximalen Schadenspotential von 4'000 Milliarden ausgeht. Nach dieser Logik müsste sich einE AutomobilistIn nur für Haftpflichtschäden bis 2'500 Franken versichern, darüber hinausgehende Schäden würden vom Staat übernommen (tatsächlich müssen sich Automobilisten und Automobilistinnen für Schäden bis fünf Millionen Franken versichern).

Im Kanton Bern leben rund 440'000 Menschen innerhalb der offiziellen Gefahrenzonen 1 und 2, d.h. im Radius von 20 Kilometern in der Nähe eines AKW. Sie alle wären bei einem Reaktorunfall schwerstbetroffen. Denken wir an diese Menschen und nicht an die Vorteile der Stromkonzerne, handeln wir lieber heute statt morgen, sagen wir JA! zur Initiative „EnergieWendeBern“!

Lea Bill, Stadträtin Junge Alternative JA!

2x Ja zur Initiative „EnergieWendeBern“ und zum Gegenvorschlag

Medienkonferenz vom 19. Oktober 2010

Uran – umweltschädlich und sozial nicht verträglich

Uran (benannt nach dem Planeten Uranus und somit nach dem griechischen Himmelsgott Uranos, den Gaia («Erde»), im Schlafe hervorbrachte, „dass er sie immer umgebe und dass er auf ewige Zeit der seligen Götter sichere Wohnung sei“). Heute klingt das in unseren Ohren zynisch, denn Uran wird abgebaut für unsere Bedürfnisse und ist keine sichere „Wohnung“ mehr.

Uran ist ein chemisches Element mit dem Elementsymbol U und der Ordnungszahl 92. Im Periodensystem steht es in der Gruppe der Actinoide (7. Periode, f-Block). Uran ist ein radioaktives Metall.

Atomenergie wird durch die Kernspaltung von Uran erzeugt. Nur 5% des abgebauten Uranerzes kann für eine Weiterverwendung im AKW oder für eine Atombombe benutzt werden. 95% bleiben als Abfall zurück. Da das abgebaute Gestein nur schwach uranhaltig ist, entsteht beim Abbau von einem Kilogramm Uran eine Tonne radioaktiver Schutt.

Die radioaktive Strahlung dieses Abfalls, der meist neben den Minen offen abgelagert wird, ist enorm. Menschen in einem grossen Umkreis sind dadurch dem radioaktiven Staub aus dem Minenschutt ungeschützt ausgesetzt – mit schlimmen Folgen für ihre Gesundheit. Vor allem das Risiko einer Erkrankung an Lungenkrebs steigt durch die Belastung deutlich an.

Hinzu kommen die Umweltzerstörungen und die negativen Rückwirkungen auf das kulturelle und ökonomische Leben der Menschen. Rund drei Viertel dieses Uranabbaus finden auf dem Land indigener Völker statt, sei es in den USA, Kanada, Niger oder Australien.

Aline Trede, Vorstand Junge Grüne Stadt Bern



2x Ja zur Initiative „EnergieWendeBern“ und zum Gegenvorschlag

Medienkonferenz vom 19. Oktober 2010

Ungelöstes Abfallproblem und finanzielles Hochrisiko

Der Abfall der fünf bestehenden AKW in der Schweiz sowie deren Rückbau hinterlassen gefährlichen radioaktiven Abfall von einem Volumen der Zürcher Bahnhofshalle. Wenn neue AKW gebaut werden, wird sich diese Abfallmenge vergrössern. Wir sind per Gesetz dazu verpflichtet, diesen Abfall – der im Moment oberflächlich gelagert ist – in der Schweiz zu entsorgen. Dieser Entsorgungsprozess, der zu einem geologischen Tiefenlager führen soll – nach dem Motto „unter den Boden aus dem Sinn“ – ist schwierig, teuer und weit von einer Lösung entfernt. Weshalb? Niemand will den Abfall bei sich. Niemand weiss, wie sicher diese Lagerung langfristig wirklich ist. Niemand weiss, wie unsere Welt in 100'000 Jahren aussehen wird und was bis dahin geschieht. Bereits die Markierung eines Tiefenlagers für die kommenden 30'000 Generationen ist eine kaum zu bewältigende Aufgabe. All dies zeigt uns: Es ist absurd, noch länger Atomstrom zu nutzen! Wir profitieren 50 Jahre von einem AKW und hinterlassen 100'000 Jahre gefährliche Radioaktivität. Eine Zeitspanne, die sich niemand vorstellen kann. Wir leben in einer technologisch weit fortgeschrittenen Gesellschaft und es ist deshalb unbegreiflich, warum wir auf eine veraltete, gefährliche Technologie setzen. Wir brauchen diese Technologie nicht, unsere Nachkommen brauchen unseren gefährlichen Abfall nicht!

Zu den Kosten: Internationale Studien (z.B. Citygroup für UK) belegen, dass bei einem Neubau eines AKW ein finanzielles Debakel entstehen wird, und man heute keine privaten Investoren mehr findet, die ein AKW bauen. Ein Blick nach Finnland zeigt zeitliche Verzögerungen und Mehrkosten in Milliardenhöhe beim Bau des neuen AKW in Olkiluoto. Wir haben in der Vergangenheit gesehen, was passiert, wenn die Privatwirtschaft versagt (Swissair, UBS). Ich bin nicht bereit, indirekt über eine Staatsgarantie oder direkt mit Subventionen ein solch sinnloses, nicht zeitgemässes Milliardenprojekt mit Steuergeldern zu finanzieren. Auch bei einem Unfall ist klar: Diese Kosten trägt der Staat, resp. die SteuerzahlerInnen, weil keine Versicherung bereit ist, die Deckung zu übernehmen. Solche Szenarien werden von den AKW-Betreibern wie Atel, Axpo und BWK selbstverständlich nicht thematisiert. Anstatt in sinnvolle und nachhaltige Energienutzung stecken sie die Gelder der StromkonsumentInnen lieber in Propaganda für ein neues AKW und der Staat kann dann beim Bau helfen.

Flavia Wasserfallen, Grossrätin und Co-Präsidentin SP Stadt Bern

2x Ja zur Initiative „EnergieWendeBern“ und zum Gegenvorschlag

Medienkonferenz vom 19. Oktober 2010

Atomenergie ist alles andere als CO₂-frei sondern schadet dem Klima

In der Debatte um den Klimaschutz wittert die Atomlobby seit geraumer Zeit Morgenluft und preist die Kernenergie als CO₂-freie, klimafreundliche Technologie an. Auch die ständige Wiederholung des Argumentes „Atomstrom sei CO₂-frei“ ändert aber nichts an der Tatsache, dass Atomenergie massiv CO₂-belastet und das Argument der Atomlobby schlicht falsch ist.

Das einzige System, welches bei AKW kein CO₂ emittiert, ist der Reaktor selbst. Alle industriellen vor- und nachgelagerten Prozesse zur Betreibung des Reaktors stossen CO₂ aus, und zwar deutlich mehr, als von der Nuklearindustrie gerne behauptet wird.

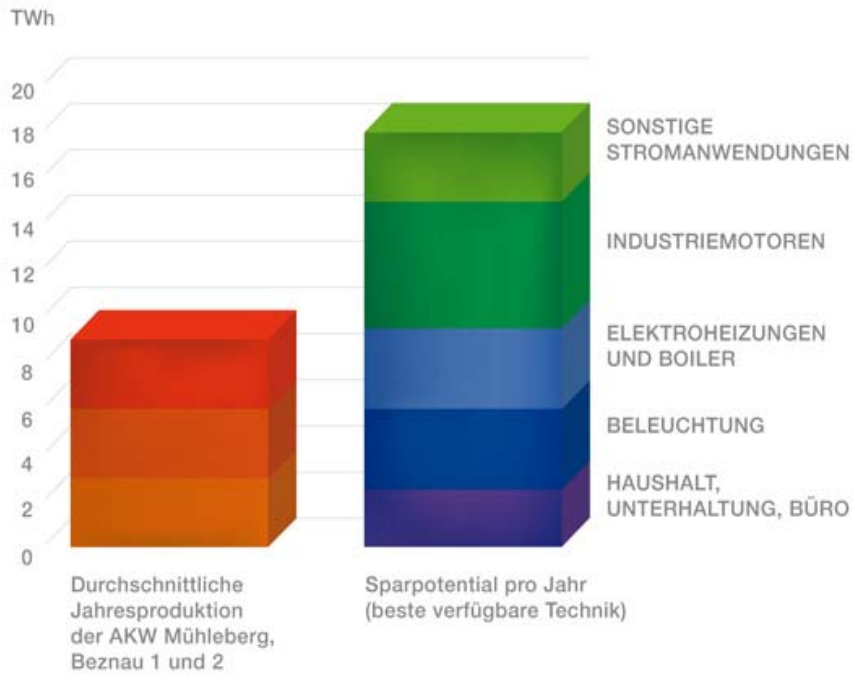
Wissenschaftler haben die CO₂-Belastung der unterschiedlichen Technologien zur Stromerzeugung untersucht. Demnach gelangt pro Kilowattstunde Strom aus Atomenergie 90-140 Gramm (je nach Studie) CO₂ in die Atmosphäre. Zum Vergleich: Ein modernes Gaskraftwerk mit Wärme-Auskopplung kommt auf ca. 119 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde, eine Windkraftanlage auf 23 Gramm, die Wasserkraft auf 39 Gramm und die Photovoltaik auf 89 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde. Die Atomenergie ist primär aufgrund der Gewinnung von Uran äußerst energieaufwendig und CO₂ belastet. Je geringer der Urangehalt im Erz, desto aufwendiger und CO₂-intensiver ist der Uranabbau. Da sich die Uranvorräte erschöpfen, muss immer mehr Uran aus uranarmen Erzen extrahiert werden, womit zur Gewinnung mehr Energie und Chemikalien benötigt werden, was die CO₂-Emissionen pro Kilogramm Uran und somit pro Kilowattstunde Strom exponentiell ansteigen lässt.

Wissenschaftler rechnen damit, dass rein aufgrund der Erschöpfung der Uranvorräte selbst bei konstanten Produktionskapazitäten bereits in 60 Jahren die nuklearen CO₂-Emissionen die CO₂-Emissionen eines traditionellen Gaskraftwerkes übersteigen werden. Bei einem Ausbau der Atomkraft wäre dies bereits 2050 der Fall (vgl. **Abbildung 2**).

Neben allen anderen Argumenten, die gegen Atomenergie sprechen, ist auch das Klimaargument eines: Atomkraftwerke sind eine CO₂-Falle und keine Option für den Klimaschutz.

Kathrin Bertschy, Stadträtin GLP

Abbildung 1



Grafik:
EffizienzPotentiale in der Schweiz (TWh).
Potentiale: S.A.F.E.,
Grafik reeneace.

Abbildung 2

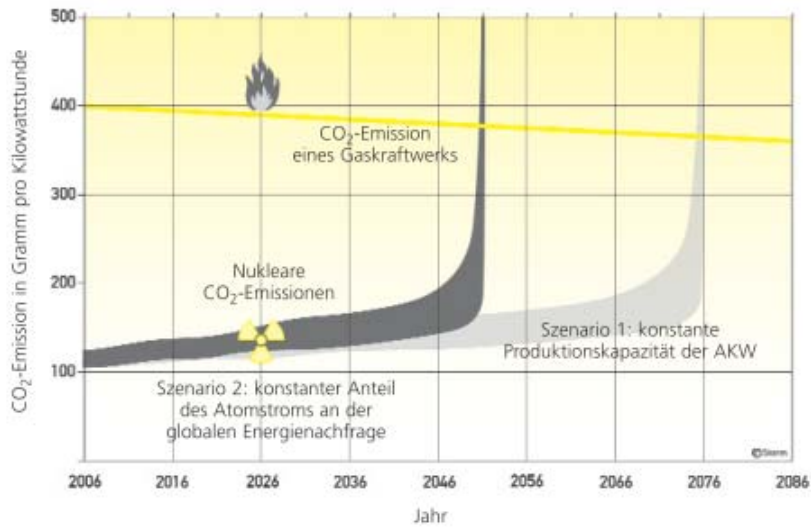


Abbildung: Mit sinkendem Urangehalt der Uranerze steigen die CO₂-Emissionen der Atomkraftwerke exponentiell an und liegen bald höher als bei Gaskraftwerken (Quelle: Jan Willem Storm van Leeuwen & Philip Smith: «Nuclear Power – the Energy Balance»; August 2005).